

# Riesaer Tageblatt

Dienstzeit  
Tageblatt Riesa  
Sammel Nr. 20.  
Postfach Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches bestimmtes Blatt.

Buchdruckerei  
Dresden 1880.  
Girokasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 27.

Dienstag, 2. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Aufstellgebühr, durch Postbezug RM. 2.16 einschließlich Postgebühre (ohne Aufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Ausgaben für die Nummer des Ausgabatages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Er scheinen am bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Beispiele für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Zeile 200 Gold-Pfennige; Zeitungs- und Zeitungskosten: Riesa, Rüttelsdorf Unterhaltungsbüro „Träumer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gebühr — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versandunternehmungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationstrad und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Aufruf des Hindenburg-Ausschusses.

„Deutscher! Dein Name gehört Hindenburg“.

Der vom Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn ins Leben gerufene Hindenburg-Ausschuss erläutert folgenden Aufruf:

„Das Volk will Hindenburg. Deutsche! In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Überzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg! Gegenüber der gesellschaftlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in den Erörterungen der letzten Wochen von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Strom von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen Siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist eine Überwindung des Parteidaseins, das Sinnbild der Volkgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: Der Erste im Kriege, der Erste im Frieden, und der Erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, eifrig und groß.

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen. Keiner darf hoffen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekehnen.

Deutscher! Dein Name gehört Hindenburg!  
Berlin, den 1. Februar. Der Hindenburg-Ausschuss.

Die Unterzeichner des Aufrufes.

Oberbürgermeister Dr. Sahn, Reichsgerichtspräsident a. D. Dr. Simons, Oberpräsident von Sachsen, Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, Verbandsvorsitzender Böhmen, Oberbürgermeister Dr. Belian, Staatsminister a. D. Dr. Dominicus, Geheimrat Professor Dr. Duisberg, Oberpostbeamter Schternach, Dr. Hermann Fischer, Wilhelm Flügel, Landesbaudirektor Fritz, Reichsverweser a. D. Götter, Frau Anna von Gierke, Präsident Dr. Dr. Grund, Heinrich Grünfeld, Dr. Gerhart Hauptmann, Geheimrat Dr. Georg Heim, Frau Geheimrat Heckberger, Oberbürgermeister Jarres, Professor Dr. Junkers, Präsident Dr. Kappeler, Generalsuperintendent Dr. Kärol, Staatssekretär a. D. Kemper, Dr. Kleemann, Prälat Kreuz, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, Freiherr von Landsberg-Stiefling, Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer, Exz. Birkl, Ges. Rat Dr. Lewald, Professor Dr. Max Liebermann, Arthur Mahnken, Geheimrat Oscar von Miller, Präsident Dr. Mülser, Oberpräsident Gustav Noske, Geheimrat Professor Dr. Oncken, Verbandsvorsitzender Otto, Geheimrat Professor Dr. Piana, Präsident Stadtstaat Pfleiderer, Staatsminister a. D. Dr. Schmidt-Ott, Bischof Dr. Schreiber, Dr. Soltan, Professor Dr. Philipp Stein, Professor Dr. Tielemann-Bonn, Dorothea v. Westen, Geheimer Kommerzienrat Wagner, Frau Ministerialrat Weber, Generalmajor v. Winterfeldt und Frau Dr. Jahr-Hornack.

Zur Ausführung des Aufrufes für die Wiederwahl Hindenburgs teilte der Hindenburg-Ausschuss mit: „Ein von den Parteien unabhängiger Wahlvorschlag muß die Unterschrift von 20 000 Wählern tragen. Es gilt, diese Zahl möglichst schnell zusammenzubringen. Deshalb ist die deutsche Presse gebeten worden, Listen zur Eintragung für den Wahlvorschlag „Hindenburg“ auszulegen. Dadurch soll die politische Vorschrift erfüllt und zugleich eine spontane Befrauenkundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg ermöglicht werden. Diese Kundgebung bedeutet die Bitte an den Reichspräsidenten, sich als Volkskandidaten für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen.“

Sahn über die Gründe für die Bildung des Ausschusses.

\* Berlin. Vor Vertretern der Presse äußerte sich Dr. Sahn am Montag abend über die Gründe, die ihn veranlaßt haben, den Ausschuss zur Volkswahl Hindenburgs ins Leben zu rufen. Als vor drei Wochen der Verlust der parlamentarischen Aktion gescheitert sei, sei eine große Unruhe im gesamten Volke entstanden. Mit vielen Deutschen Männer und Frauen war in der Meinung, daß aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen eine Herrenschaft des Volkes nicht erträglich sei. Nur der Name Hindenburg kann reiten und Hindenburg muß wieder einmal der Retter des deutschen Volkes und größter Retter sein.

Für die Reichsregierung fehlt offenbar keine Möglichkeit mehr, hier etwas zu tun. Es mußte aber schnell gehandelt werden.“

Zwei Gründe hätten ihn veranlaßt, die Ausgabe zu übernehmen. Die Initiative müsse von einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ausgehen, die trotzdem keinerlei parteipolitische Bindungen oder Verpflichtungen hat. Dr. Sahn habe sich stets von Parteibindungen ferngehalten und diese Tatsache sei auch durch seine Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin anerkannt worden. Der zweite Grund sei für ihn der gewesen, daß in dieser bedeutsamen Frage die Reichshauptstadt eine gewisse Führerstellung einzunehmen habe. Sahn betonte ausdrücklich und mit vollem Ernst, daß seine Aktion nicht durch die Reichsregierung veranlaßt worden sei, und daß sie keinerlei Stellungnahme für oder gegen die Regierung bedeute. Vielmehr sei er dazu aus eigener innerer Überzeugung getrieben worden.

Dr. Sahn bezeichnete es als einen glücklichen Zufall, daß in dem Augenblick, als seine Aktion bekannt geworden sei, sich bereits ein bayrischer überparteilicher Ausdruck der Persönlichkeit vorgestellt habe. Er sei dadurch keineswegs überrascht gewesen, vielmehr hätten mit bayrischen Persönlichkeiten vorher bereits Verhandlungen stattgefunden, die vollkommene Übereinkunft über Ziel und Weg ergaben hätten.

Zur Bildung des Ausschusses selbst sowie über dessen Aufgaben stellte Dr. Sahn folgendes fest: Der Ausschuss könnte sich nicht an politische Parteien wenden, sondern nur an solche Persönlichkeiten, die im wirtschaftlichen, religiösen, sozialen oder Geistesleben führend sind und große Organisationen hinter sich haben. Dennoch konnte der Auftrag nur von Persönlichkeiten als solchen unterzeichnet werden, weil durch Beschlüsse von Organisationen, die ohnehin vielfach sozialem Gehindert sind, sich politisch zu betätigen, Zeit verloren gegangen wäre. Er, Sahn, sei herangetreten an Persönlichkeiten von rechts über die Mitte bis nach links, soweit eine politische Einstellung von ihnen als bekannt vorausgesahen war. Täglich ließen sichweise Briefe von Persönlichkeiten ein, die ihre Mithilfe aufsuchten. Es besteht Ansicht, daß auch solche Persönlichkeiten, die jetzt noch aus politischen oder organisatorischen Gründen Zurückhaltung üben, später ihre Bedenken fallen lassen würden.

### 13. März Reichspräsidentenwahl?

In Berliner politischen Kreisen wird es jetzt als wahrscheinlich angesehen, daß die Einberufung des Reichstages zur Bekämpfung des Terms für die Reichspräsidentenwahl nicht vor der dritten Februarwoche erfolgen wird. Man spricht ziemlich allgemein davon, daß der Reichstag wohl am 28. Februar, der ja von vornherein für den Tagungsbeginn in Aussicht genommen war, zusammentreten wird.

Die Reichspräsidentenwahl selbst wird, soweit man das bis jetzt übersehen kann, dann am 18. März stattfinden.

### Ginzelungslisten des Riesaer Tageblattes.

Ginzelungslisten liegen vom Mittwoch, den 8. Februar, bis einschließlich Sonnabend, den 8. Februar, in der Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes (Goethestraße 59) aus.

### Die Wirtschaftspartei beteuert sich für Kandidatur Hindenburgs.

\* Berlin. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt am Montag eine mehrstündige Sitzung ab, in der sie den Bericht der Abgeordneten Dr. Bredt und Molath entgegennahm, die beim Reichsanzler wegen der Reichspräsidentenwahl vorstellig geworden waren. Die Fraktion bekannte sich, wie die Telegraphen-Union erläutert, einstimmig für Kandidatur Hindenburgs und brachte zum Ausdruck, daß eine andere Kandidatur für die Wirtschaftspartei nicht in Frage kommt. Die Fraktion billigte ferner einstimmig die Haltung des Abgeordneten Dr. Jäger im Strafrechtsausschuß des Reichstages und die von ihm abgegebene Erklärung, daß die Wirtschaftspartei angesichts des Fernbleibens der Deutschnationalen und der nationalsozialistischen Vertreter eine Weiterberatung der Strafrechtsreform durch den Ausschuss für zwecklos halte und sich daher gleichfalls an den Ausschlußungen nicht weiter beteiligen werde. Zur Frage einer früheren Einberufung des Reichstages wurde noch nicht endgültig Stellung genommen.

## Große Rundgebung des Reichslandbundes.

### Kampfansage der Landwirtschaft an Brüning—Schiele.

**N** Berlin. An der Kundgebung des Reichslandbundes, die am Montag mittags im Bundeshaus stattfand, nahmen mehrere hundert Vertreter der Landbünde aller deutschen Länder und preußischen Provinzen teil. Nach Verhandlungsanträgen der Präsidenten Schröder und Willens ergriff der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth, das Wort. Er führte u. a. aus:

Der Verlauf des Jahres 1931 hat erneut bestätigt, daß die Regierung Brüning nicht den Willen und die Kraft hat, sich von den Abhängigkeiten und schwächen Einfußen frei zu machen, unter denen schon im Jahre 1930 ihre Aktivität gelitten hat. Zu großzügigen vorhengenden Maßnahmen hat man sich nicht entscheiden können. So ist gegenwärtig die Lage Deutschlands noch verzweifelter als zu Beginn des Jahres 1931.

Auch heute noch kann trotz der unzulänglichen Verstärkung der Loge die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit und die politische Freiheit des deutschen Volkes gerettet werden, wenn die Säule der Regierung in die Hand von Männern gelegt werden, die neben richtiger Erkenntnis den Willen zu entschlossener Tat anstreben. Und wenn es gelingt, weitere Tributzahlungen dem deutschen Volk fernzuhalten, so bleibt die Lage noch immer hoffnungslos, wenn nicht mit harter Hand die Grundbäbel, an denen heute noch die deutsche Wirtschaft verblieben, befeitigt werden.

Die beiden Grundbäbel sind die zunehmende Arbeitslosigkeit und die schrumpfende Kauf- und Erzeugungskraft der Landwirtschaft. Beide hängen eng zusammen und haben ihre gemeinsame Quelle in der verschlauten Ausfuhrpolitik Deutschlands. Die Bekämpfung der Agrar- und der Arbeitslosigkeit ist nur durch bewußte Abstiege von der bisherigen verfehlten Ausfuhrpolitik und durch

ebenso bewußte Stärkung des Binnenmarktes mit allen Mitteln möglich. Grundverständ ist der Weg, den der Reichsverwaltungsminister jetzt einschlägt, wenn er zuläßt, daß man zur Bezahlung lauer Industrieverträge für Ausfuhr nach Rußland russisches Holz und Getreide hereinnimmt, und wenn er entgegen allen Versicherungen eine angemessene Entwicklung der Getreidehandelsgesellschaft abschafft. Der Trud, den heute der Ernährungsminister auf die Roggengänge ausübt, wird sich im kommenden Herbst schwer rächen.

Der in dem Wagemannschen Plane durchdringende grundsätzliche Fehler: Sicherung der Staatskassen um jeden Preis ohne Rücksicht auf Rentabilität der Wirtschaft und damit auch zum Staatsbankrott führen.

Es war der entscheidende Fehler, den Reichsverwaltungsminister Schiele gemacht hat, als er in die Regierung Brüning eintrat, daß er glaubte, als reiner Fachminister ohne entscheidende Einflussnahme auf die gesamte Politik der Regierung die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Landwirtschaft erlämpfen zu können. Der Landbund hat es für seine Pflicht gehalten, im Rahmen der nationalen Front seine Kampfzweck einzulegen für die Errichtung einer Regierung, die die deutschen Duellen klar erkenn und den Willen besitzt, sie in schwerster Schlachtstande anzuschlagen und die letzten Reserven einzulegen im Kampf für Freiheit und Leben des deutschen Volkes.

Im Anschluß an die Ausführungen des Grafen von Kalckreuth appellierte Präsident Lind noch einmal an den Kampfeswillen des deutschen Bauerniums für ein neues und freies Deutschland.

### Vorläufig keine Verminderung des amerikanischen Wehrhaushalts.

**W**ashington. Mit Rücksicht auf die Lage im fernen Osten bat der Handelsaufsichtsrat des Kriegsministeriums den beauftragten Abtritt am Wehrhaushalt in Höhe von 50 Millionen Dollar zurückgestellt.

### Schleswig-Holsteins einzige Brille-Fabrik abgebrannt.

**G**ernsiede. (Funckendorf.) Die Brille-Fabrik des Torfwerkes Westermoor, die einzige der Provinz, wurde in der Nacht durch Großfeuer vernichtet. Der Schaden ist sehr groß. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht bekannt.